

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 12.

Freitag, 27. Oktober.

1876.

Wegen des am 31. Oktober stattfindenden Reformationstages müssen Annoncen für die nächste Mittwochnummer bis Sonnabend, den 28. Oktober, Abends hier sein.

Expedition des „Vorwärts“.

Abonnements auf den „Vorwärts“

für den Monat November zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für Leipzig pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II. und den Colporteurs, für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für Volkmarzdorf, Reudnitz, Reuschnefeld u. bei Frau Engel, Reudnitz, Ländchenweg 29, 2 Tr., für Sonnenw. u. bei Teubert, Bornaische Str. 19, für Alcinshöcker u. Umgegend bei Fleischer, Schloßg. 13 das., für Gönberg bei Zeitungspediteur Bichau, Neureudnitz 15, 1 Tr., und Kirsten, Hauptstr. 7, für Neureudnitz bei Bichau, für Plagwitz und Lindenau bei Frau Gräfenstein, Karsienstr. 3, für Gohlis u. bei A. Hermisdorf, Lindenhaler Str. 17, für Stötterich bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.

Für Berlin wird auf den „Vorwärts“ monatlich für 75 Pf. frei in's Haus abonniert, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse“, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brannenstr. 34, im Laden.

Der Abonnementsbetrag ist bei Bestellung zu entrichten.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen sowohl Quartals- als Monatsabonnements angenommen werden.

Unsere Gegner.

Es giebt kein härteres Zeugnis zu Gunsten des Sozialismus als die Art und Weise, wie seine Gegner ihn bekämpfen. Bekämpfen? Nein, sie bekämpfen ihn nicht, und das eben ist's gerade. Sie heulweinen, zetern, schimpfen, verleumben, denunzieren — oder schließen die Augen und pfeifen sich, wie Kinder im Dunkeln, das Liedchen vom „Rückgang“ vor, aber zum Bekämpfen fehlt ihnen das Zeug. Zum Bekämpfen gehört vor allem eine genaue Kenntnis des zu Bekämpfenden; und der Sozialismus ist eine Wissenschaft, eine Wissenschaft, deren Studium tüchtigste Stumpfheit erfordert und sich nicht auf der Bierbank absolvieren läßt. Es ist aber eine eigentümliche Erscheinung, daß, wer immer, und war er auch vorher unser bitterster Gegner, sich ernstlich und ehrlich dem Studium des Sozialismus widmete, entweder Sozialist geworden ist, oder wenigstens aufgehört hat, unser Gegner zu sein. Wir verweisen auf die deutschen Kathederozialisten, auf die zwei bedeutendsten Vertreter der modernen Gesellschaftswissenschaft: den Engländer John Stuart Mill und den Belgier Lavelle. Wir können mit Genugthuung sagen: Wer den Sozialismus begriffen hat, ist ihm nicht feind; und wer ihm feind ist, hat ihn nicht begriffen. Und wer den Sozialismus nicht begriffen hat, kann ihn natürlich auch nicht bekämpfen. Es bleibt beim ohnmächtigen, lächerlichen Versuch, der bloß die geistige Impotenz und die Ignoranz des Angreifers offenbart.

Betrachten wir uns nur die Leute, welche sich die „geistige Bekämpfung“ des Sozialismus zur Aufgabe gemacht haben:

Im Reichstag ein Bismarck, der in seinem famosen Erguß gegen die Sozialisten so haarsträubende Verleumdungen an den einfachsten nationalökonomischen Wahrheiten sich zu Schulden kommen ließ, daß den halbwegs unterrichteten Vertretern der heutigen Weltordnung die Haare zu Berg standen; ein Eulenburg, der nichts Besseres zu thun weiß, als das Scheerenprodukt eines obstruktionistischen Vater Wech zu citieren, und schließlich mit seinem historischen die Spitze schießt, der Säbel haut den Bankrott der herrschenden Staatsweisheit zu proklamieren.

Außerhalb des Reichstags ein Sparrig, unvergleichlich als — Karnavalsheld; neben dem Harlequin der Kapuziner: Treitschke, der im Gramen um ein Haar durchgefallene, nur aus Mitleid zum Doktor promovirte Professor der Geschichte in partibus,*) und auf nationalökonomischem Gebiet ein wahrer — Bismarck; neben dem Kapuziner im Frack der Kapuziner in Chorrod (Zalar); der Pfaffe Schuster heitern Angebens, die männliche Egeria**) des Donherren, Ministers und Sozialisten-tödders Eulenburg; Sparrig's Doppelgänger der große v. Eynern; unser tapferer Ritter (von der traurigen Gestalt) Sankt Georg, der den Lindwurm todtschlägt, nein der Lindwurm, der, in komischem Rollenstreich, den Sankt Georg todtschlägt, nein nicht den Sankt Georg, sondern den Lindwurm — der Lindwurm der bis dato nichts todtschlagen hat außer den Lindwurm — und so weiter, in der lustigen Reihe, die an Hallstaß's bekannte

Kerntruppen erinnert. Wir haben uns auf Rennung der Elite, der Besten der Besten beschränkt — den Rest kann man sich denken.

Zu dem Rest, der namenlos ist und namenlos bleiben soll, gehört auch der namenlose Verfasser einer Flugschrift, die seit Wochen von den Saubirten der Herren Bismarck und Eulenburg empfohlen, in allen Reptilienblättern als unfehlbarer „Sozialisten-tod“ ausposaunt wird. Wer das wunderthätige Schriftchen hinter das Hutfutter steckt, oder, in ein Säckchen genäht, auf dem Magen trägt, der ist gefeit gegen allen sozialistischen Janber, gegen alles sozialistische Gift, und jeder Sozialist, der ihm zu nahen wagt, wird entweder im Handumdrehen von seinen gesellschaftsfeindlichen Ideen kurirt, oder moralisch „von der Kanone geblasen“. Nur Eins darf der Amulettbesitzer nicht vergessen — und diese Bedingung, welche von dem Fabrikanten und dessen Gehilfen und Handlangern sonderbarerweise hartnäckig verschwiegen wird, wollen wir hier aus jener uns angeborenen Menschenfreundlichkeit, die wir selbst dem Feind gegenüber nie außer Acht lassen, zu Ruh und Frommen der Interessenten verathen: der Amulettbesitzer darf die wunderthätige Schrift nicht lesen. Wird dieser Bedingung nicht genügt, so können unheilvolle Folgen eintreten; das Geringste ist: das unglückliche Opfer schläft ein oder läuft davon — in jedem von beiden Fällen würde es seine kulturkämpferische Mission verfehlen.

Da loben wir uns die ehrlichen Hanswürste, Kapuziner und Ritter von der traurigen Gestalt — sie sind wenigstens kurzweilig. Und hierin besteht der ganze Unterschied zwischen den Sparrig, Treitschke, Schuster, Lindwurm und diesem namenlos langweiligen Namenlos. Sonst nur die alte Litanei. Was das kleinste, im Verborgenen blühende Amt, Winkel- und Käseblättchen schon hundertmal abgeleiert hat — unverdorren wird es von Neuem heruntergeorgelt.

Keine Verleumdung („die Sozialdemokraten erkennen bloß die körperliche Arbeit an“ u. s. w.); keine Albernheit („die Arbeit bringt nicht alle Güter hervor“, es bedarf dazu auch der — Kohlhofe u. s. w.); keine Gemeinheit („die Sozialdemokraten wollen die Arbeiter in den Ruin treiben“); keine Denunziationen („die Sozialdemokraten scheuen nicht vor Anwendung roher Gewalt zurück“ — was entweder sinnlos ist oder den Sinn hat, die Sozialdemokraten streben auf den gewaltsamen Umsturz hin — a la 1866).

Doch halt, wir haben ja den Titel des wunderthätigen Schriftchens noch nicht angegeben: ein Opus, das die Intelligenz unserer Gegner so glänzend repräsentirt, darf nicht unter dem Schffel gelassen werden — es betitelt sich: „Die Sozialdemokraten, was sie den Wählern versprechen und was sie wollen.“ Damit hätten wir unsere Pflicht gethan und können an eine nützliche Arbeit gehen.

Rachschrift. Wir glaubten mit dem Amulett fertig zu sein, da erfahren wir, daß der Verfasser desselben aus seiner Anonymität herausgetreten ist und — Herr von Unruh heißt. Das ändert die Sache. Mit Herrn von Unruh haben wir noch ein Wörtchen zu reden. Quod licet bovi non licet Jovi*) — den Jupiter nicht zu ernst zu nehmen. Was dem reptilifirten Wochenschriftfabrikanten, dem hungrigen Penny-a-liner, dem Hanswürst, Kapuziner, Schuster und Lindwurm erlaubt ist, das ist einem Unruh nicht erlaubt, darf einem Unruh nicht nachgegeben werden. Herr von Unruh ist ein homo sérieux**), der geriebenste (um nicht zu sagen „staatsmännischste“) Politiker und Geschäftsmann der nationalliberalen Partei, ein Leuchtturm bürgerlicher Freisinnigkeit, Ex-Parlamentarier (der Berliner Nationalversammlung), Ministerpräsident in spo, ehemaliger Steuererweigerer (in Worten), jetziger Gesellschaftsretter (ditto in Worten), — mit dem „ernsthaften“ Mann müssen wir ein ernsthaftes Wörtchen reden. „Gott gebe, daß mein Feind ein Buch schreibt, dann habe ich ihn“, war der nicht christliche Wunsch jenes englischen Bischofs. Gott sei Dank, Herr von Unruh hat zwar kein Buch, aber eine Broschüre geschrieben; wir „haben ihn“. Dem lebendigen Herrn von Unruh können wir nicht in's Herz und in's Hirn blicken, aber dem geistlichen Herrn von Unruh, wie er in dieser Broschüre auf unserm Seziritz liegt, können wir nach Herzenslust Herz, Hirn und Nieren prüfen — und nicht bloß dem Herrn von Unruh, sondern auch seiner Partei. Diese Broschüre das ist Herr von Unruh, und Herr von Unruh das ist die nationalliberale Partei.

Die Preitische weg, ein ernsthafteres Instrument her!

Sind Sie reichsfreundlich oder reichsfeindlich?

Mit dieser Frage wurden vor einigen Tagen zwei Arbeiter empfangen, welche von Essen aus sich an einen höheren Beamten unter Ueberreichung einer Beschwerdechrift gegen die Polizeibehörde zu Werden an der Ruhr wandte.

Und der fragstellende Beamte war kein Anderer, als der Regierungspräsident Bitter in Düsseldorf.

Doch lassen wir zunächst in ungeschminkten Worten den Sachverhalt hier folgen, wie ihn uns ein Parteigenosse berichtet:

„Essen, 18. Oktober.
Sonntag, den 15. Oktober, sollte in dem benachbarten Werden eine Volksversammlung stattfinden, zu welcher Hasselmann, Raspe und Strumpen als Referenten angegeben waren. Die Beschei-

nigung wurde von der Behörde ertheilt, und Alles war für diese Versammlung vorbereitet. Samstag Nachmittag wurde jedoch der Anmelde der Versammlung zum Polizeibureau beschieden und ihm dort erklärt, daß die qu. Versammlung nicht stattfinden könne, weil Raspe als Referent aufgeführt sei und dies nach Bescheidung höheren Orts als eine Fortsetzung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins angesehen werden müsse. Wir gingen nun mit mehreren Genossen nach Werden und besuchten dort eine von der katholischen Partei einberufene Versammlung. Als nun Raspe sich hier zum Wort meldete, wurde von dem überwachenden Beamten erklärt: Wenn Raspe spricht, wird die Versammlung sofort inhibirt; Strumpen ließ man dagegen sprechen. Wir versuchten nun, eine neue Versammlung auf Mittwoch Abend einzuberufen, und zwar unter Beifügung der Person Raspe's als Referent, weil derselbe das vorhergehende Mal als Grund der Nichtgestattung der Versammlung bezeichnet worden war. Die Polizeibehörde verweigerte wieder die Bescheinigung mit der einfachen Bemerkung: Die Versammlung könne aus polizeilichen Rücksichten nicht stattfinden. Raspe begab sich hierauf mit dem Anmelde persönlich zum Landrathe, welcher nach Anhörung der Sache erklärte, er mißbillige, daß die Behörde in der von der katholischen Partei abgehaltenen Versammlung Raspe das Sprechen verboten hätte; die andere Angelegenheit wolle er erst untersuchen und könne die Bescheinigung zu der Mittwoch-Versammlung nicht ertheilen. — Die beiden Herren fuhren hierauf sofort nach Düsseldorf zur Regierung, wo sie von dem Regierungspräsidenten Bitter nach Durchlesung der gleichzeitig überreichten Beschwerdechrift mit den höchst eigentümlichen Worten empfangen wurden: „Sind Sie reichsfreundlich oder reichsfeindlich?“ Nachdem sie hierauf erklärten, daß sie nicht gekommen wären, um über Prinzipienfragen zu streiten, sondern daß es sich hier um eine Gesetzesverletzung der Behörde zu Werden handle, und sie um sofortige Ertheilung der Erlaubniß zur Abhaltung der Versammlung bitten möchten, erklärte der Regierungspräsident, daß er die Bescheinigung nicht ertheilen könne, er werde aber die Sache unter- Einberufen über 15 Uhr. Kosten verursacht haben, und daß Raspe seit 1869 nicht Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins gewesen ist.“

Soweit der einfache Thatbestand.
Und welche Fälle von Betrachtungen birgt derselbe, welchen Blick läßt derselbe thun in die polizeilichen Eingriffe, welche in die „staatsbürgerlichen“ Verhältnisse der preussischen „Unterthanen“ geschehen, mit welcher kalten Ruhe wird das Vereins- und Versammlungsgesetz ignorirt, mit welcher an Feivolität streifenden Frage werden die Recht und Abhilfe suchenden Arbeiter von einem hochgestellten Beamten empfangen.

Geradezu unerhört ist es, eine Versammlung zu inhibiren, weil ein Mann dort referiren will, der seit dem Jahre 1869 nicht zum Allgemeinen deutschen Arbeiterverein, welcher später — nämlich im Jahre 1872 — richterlich geschlossen wurde, gehört hat, und dies Versammlungsverbot damit zu motiviren, daß jene Versammlung durch das Auftreten Raspe's zu einer Fortsetzung des geschlossenen Allgemeinen deutschen Arbeitervereins gestempelt würde.

Nicht allein unerhört, sondern geradezu lächerlich ist es, daß ein Polizeibeamter einem Staatsbürger das Wort durch die Drohung entzieht, die Versammlung aufzulösen, indem er annimmt, daß das Auftreten des sozialdemokratischen Redners die ultramontane Versammlung zu einem sozialistischen Verein stempeln. Das Bündniß der Rothen und Schwarzen wird durch eine derartige Handlungsweise der Polizeibehörde hervorgerufen ohne den Willen der Beteiligten; die Polizeibehörde giebt sich in Preußen und Deutschland die größte Mühe, die Reichen der Reichsfeinde zu vermehren und sich selbst durch eine wahrhaft grotesk-komische Auslegung der Gesetze, wie es der vorliegende Fall beweist, zu compromittiren.

Es ist wahrhaft unerhört, daß ein Regierungspräsident Fragen an Petenten richtet, deren Beantwortung durchaus nicht zur Sache gehört; und noch schlimmer ist es, daß der Regierungspräsident jedenfalls geglaubt hat, die Frage gehöre zur Sache.

Würde er die Petenten anders behandelt haben, wenn sie sich als „Reichsfreunde“ vorgestellt hätten? Würde er dann die Polizeibehörde angewiesen haben, die Versammlungsbeseinigung sofort zu ertheilen? Weshalb stellte denn sonst der Herr Bitter jene Frage?

Und wie stimmt diese Frage mit jenen Worten überein, welche Herr Bitter in Gladbach einige Tage vorher bei einem Festessen so pathetisch gesprochen hat und die von allen freisinnigen Blättern lobende Anerkennung gefunden haben. Diese Worte lauten: „Wie sehr ich auch mit der Staatsregierung den Wunsch hege und hegen muß, daß Alle sich auf ihren Standpunkt stellen, daß Alle ihr politisches und kirchliches Programm annehmen, so ist doch keiner, der abweichender Ansicht ist, der einen andern Standpunkt einnimmt, als Feind des Staates zu bezeichnen, als Vaterlandsfeind zu behandeln.“

Also es giebt nach den eigenen Worten des Regierungspräsidenten Bitter keine Staatsfeinde, keine Reichsfeinde, und man soll diejenigen, welche anderer Ansicht sind als die Regierung, nicht als Vaterlandsfeinde behandeln! Was thut aber Herr Bitter? Er fragt unsere Parteigenossen, ob sie Reichsfeinde wären! Warum? Nun, er muß doch einen Grund haben: wahrscheinlich, um sie als Reichsfeinde zu behandeln.

Die Rede des Herrn Bitter in gehobener Bestimmung steht der Frage, die er auf seinem Bureau an unsere Parteigenossen richtete, schnurstracks entgegen.
Bei dem Festessen zu Gladbach waren reiche und vornehm

*) Das heißt: für Gebiete, die er nicht beherrscht, von denen er bloß den Titel hat. Herr Treitschke hat notorisch nicht eine Zeile geschrieben, die ihm ein wirkliches Anrecht auf den Titel: Geschichtsschreiber gäbe. Ursprünglich wurde der Ansedrud in partibus von katholischen Bischöfen gebraucht, die ihren Titel von heidnischen oder nicht katholischen Vätern empfangen, in denen sie natürlich nichts zu sagen hatten; und vollständig heißt es: in partibus infidelium, in den Theilen — Landstrichen — der Ungläubigen.
**) Eine Halbgötin, die einem mythischen König von Rom Rathgeberin war.

*) Was dem Dänen erlaubt ist, ist nicht dem Jupiter erlaubt — ein lateinisches (Fadell) Sprichwort, nur daß wir es umgedreht haben; — eigentlich heißt's: Was dem Jupiter erlaubt ist, ist dem Dänen nicht erlaubt.
**) Französisch: spr. omnia fecit, eigentl. ernsthafter Mann, ein Mann, den man ernst nehmen muß.

Merkmale zugegen, die beiden Petenten auf seinem Bureau waren Arbeiter.

Man sieht, daß Herr Bitter noch immer derselbe geblieben ist, daß unsere holsteinischen Parteifreunde durchaus sein Scheiden nicht zu beklagen haben.

Wenn man nun noch bedenkt, daß die Versammlungen gerade dicht vor den Urwahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus stattfinden sollten, so liegt eine flagrante Verletzung der staatsbürgerlichen Rechte der Beteiligten in Bezug auf die Gesetzgebung vor. Wir wissen zwar, daß unsere Parteigenossen sich nicht um die Abgeordnetenwahlen zum preussischen Landtage kümmern, aber dies wußte die Behörde nicht, und ebenso störend wird sie vielleicht in das Recht des Bürgers bei den Reichstagswahlen eingzugreifen suchen.

Unsere Parteigenossen werden gut thun, alle derartigen polizeilichen Uebergriffe während der Zeit, wenn die Reichstagswahlen ausgeschrieben sind, bis zur Reichstagswahl selbst, ganz besonders zu vermerken, damit sie bei den Wahlprüfungen oder bei irgend einer anderen Gelegenheit im Reichstage zur Sprache gebracht werden können.

Zu Uebri gen brauchen die Polizeibehörden nicht zu glauben, daß wir ihr Treiben nicht durchschauen. Das Mittel, die Wirthe direkt und durch Drohungen zu beeinflussen, keine Volksversammlungen in ihren Lokalen zu dulden, ist zu plump und zu gefährlich, deshalb finden sich nur wenige Polizeibeamte, die derartige Machinationen versuchen. Doch denkt man, wenn dem Wirthe einige Versammlungen aufgelöst werden, so hat er direkten Schaden und wird so am Besten mürbe gemacht und veranlaßt, mit den Sozialdemokraten abzubrechen. Unsere Parteigenossen thun deshalb immer gut, Wirthe, welche durch die Polizeibehörde irgendwie geschädigt werden, auf irgend eine andere Weise zu entschädigen.

Dann erreicht die Polizei ihren Zweck nicht, sie erhält an dem Wirthe einen Gegner und wir einen Freund.

Wir wissen wohl, daß es schwer ist, alle Verfolgungen, welche über die Parteigenossen hereinbrechen, leicht hin zu erdulden; die Arbeiter haben so schon Noth und Entbehrungen die Hülle und Fülle, daß ihnen gewiß polizeiliche Verhaftungen nicht erwünscht kommen werden, aber für eine hohe, heilige Idee darf kein Opfer zu groß sein.

Und wenn unsere Parteigenossen aller Orts recht fest zusammenhalten, nicht immer den Einzelnen vorschreiben und dulden lassen, dann ist es auch nicht schwer, alle Angriffe, sie mögen kommen, von welcher Seite sie wollen, zu pariren.

Unsere zohleichen Genossen im Regierungsbezirk Düsseldorf aber bemerken wir, daß die braven Schleswig-Holsteiner den „bittern“ Kelch der Verfolgungen ganz und voll geleert haben, ohne nur das Gesicht zu verziehen — höchstens zum spöttischen Lächeln; deshalb glauben wir, daß auch an den Rheinländern der „bittere“ Kelch schadlos vorübergehen wird.

Nach den Reichstagswahlen aber, wenn für die mit Gewalt zu „Reichsfeinden“ gestempelten Parteien die Majorität der Wähler sich erhoben haben wird, dann werden die Essener Parteigenossen nochmals zu dem Regierungspräsidenten Bitter gehen und an ihn vergnügten Gesichts die Gegenfrage richten: Sind Sie reichsfreundlich oder reichsfeindlich?

Sozialpolitische Uebersicht.

Führung des Unterrichts für weibliche Arbeiten begognet in Preussisch-Schlesien einem hartnäckigen Widerstande. In einem niederösterreichischen Dorfe haben die Bauern die Arbeitslehrerin gezwungen, das Dorf zu verlassen, indem sie ihr selbst gegen Baarzahlung keine Lebensmittel verabfolgten. Dieser Widerstand ist durch die Befürchtung zu erklären, durch die Heranbildung der Mädchen zu „Näherinnen“ werde zu Ungunsten der Grundbesitzer die Tagelohnarbeit auf dem Felde vertheuert. — Zum Theil mag der Widerstand sich auf diese Weise erklären lassen, und auf den, unsere heutige Gesellschaft beherrschenden Eigennutz schmerzlicher Art zurückzuführen sein, aber auch nur zum Theil. Jedenfalls ist es den oberösterreichischen Bauern nicht unbekannt, wie erbärmlich die „weiblichen Arbeiten“ bezahlt werden und welches namenlose Elend durch Weisnäherei, Spitzenlöpplerei u. s. w. über die betreffenden Arbeiterinnen und deren Angehörige gebracht wird; jedenfalls haben sie davon gehört, daß im schlesischen Erzgebirge schon die fünfjährigen Kinder für diese „weiblichen Arbeiten“ gepreßt und körperlich und geistig zu Grunde gerichtet werden; vielleicht haben sie auch das „Lied

Zur Affaire Leo Frankel's

schreibt die Budapester „Arbeiterwochenchrift“ vom 22. d. Mts.: Wir haben unsern Lesern vor vierzehn Tagen bereits die Einstellung der gegen unseren Genossen Leo Frankel geführten Untersuchung wegen der angeblichen Verbrechen des Mordes und der Brandstiftung bekannt gegeben.

Derselbe erhielt nun vor kurzem durch seinen Rechtsbeistand Dr. Dr. Kornel Emmer den hierauf bezüglichen Bescheid von der Criminal-Sektion des Budapester k. k. Gerichtshofes zu geschick, und geben wir im Folgendem die „Gründe“ dieses Einstellungsbefehls:

„Leo Frankel, Goldarbeiter, wurde angeklagt, daß er, indem er zu Anfang des Jahres 1871 an dem Pariser Commune-Aufstand hervorragenden Antheil nahm, daselbst bewaffnete aufständische Truppen commandirt, an der Hinrichtung der Dominikaner von Arcueil, sowie an der gewaltsamen Niederbrennung der Gobelinfabrik theilgenommen zu haben.

Betreffs dieser im Auslande angeblich durch ihn verübten Verbrechen wurde Leo Frankel, als ungarischer Staatsbürger, mit Hinsicht auf dessen persönliche Zuständigkeit durch den competenten Budapester k. k. Gerichtshof in Straffachen in Untersuchung gezogen, dessen erste Aufgabe es war, die Constatirung des objektiven Thatbestandes der Anklage zu untersuchen.

Zu diesem Zwecke wurde an das hohe königliche Justizministerium das Ansuchen gestellt, es wolle die Beschaffung der Akten des von dem Pariser Kriegsgericht gegen den Angeklagten geführten Strafprozesses erwirken. In Folge dessen hat die Pariser Regierung bloß das den Akten beigefügte Contumaz-Urtheil überreicht, demgemäß Leo Frankel, wegen der erwähnten Verbrechen zum Tode verurtheilt wurde. In diesem Urtheil ist jedoch weder Motivirung, noch aber die präzise Darlegung des Thatbestandes enthalten.

In Anbetracht dessen aber, daß dies Urtheil diesem Gerichtshofe keineswegs als Richtschnur hätte dienen können, und auch dann nicht gedient hätte, wenn in seiner Motivirung der Thatbestand klar entwickelt und die erhobenen Beweise geschlüssig aufgeführt wären, da auch in diesem

vom Hemde“ gelesen — und wer will ihnen da verargen, wenn sie sich gegen eine derartige Begünstigung von oben herab sträuben?

— Was ein preussischer Staatsmann von den Berliner Richtern hält. Graf Arnim äußerte vor kurzem: „Es sei ihm vollständig gleichgültig, ob einige Personen sich in einem dunkeln Zimmer vereinigen, um zu erklären, daß er ein Verwahrer sei. — Es sei ihm leid, nicht in der Heimath leben zu können, aber die Annehmlichkeit seiner Existenz im Auslande werde durch die Monologe der Gerichte nicht gestört.“ — Wir fürchten, das Gefühl „vollständiger Gleichgültigkeit“, oder, um uns des eleganten Ausdrucks unseres Herrn Reichskanzlers zu bedienen, das Gefühl „vollständiger Würstlichkeit“, welches Graf Arnim hier zur Schau trägt, wird auch von vielen nichtgräflichen Menschenkindern theilt.

— Von der preussischen Polizei lernt die bayerische fortwährend! Man mag ein noch so großer Preußenhasser sein, so muß man das Eine doch zugestehen, daß alle die Polizeimänner, welche wir in den Mittel- und Kleinstaaten sehen und die man Preußen abgelautet hat, viel plumper sind, als die in Preußen selbst. Jeder Abklatsch ist eben weniger werth, als das Original. Die preussische Polizei entwickelt wenigstens zumeist ein gewisses Raffinement, welches auch einer längeren Uebung entspricht, während z. B. die bayerische Polizei in ihrer Angriffswiese gegen mißliebige Parteien manchmal äußerst plump ist. So lesen wir im „Nürnb. Anzeiger“: „Der Polizei zu München ist gelegentlich einer Verhandlung beim Bezirksgerichte München l. d. J. nachgewiesen worden, daß sie sozialdemokratische Versammlungen dadurch zu hintertreiben suchte, daß sie den Wirthen, welche zu solchen Versammlungen ihre Lokale zur Verfügung stellten, mit Verweigerung der Erlaubniß zu Musikproduktionen drohte, oder solchen Wirthen, welche ihre Lokale trotzdem zu genannten Versammlungen hergaben, die Musikerelaubnis wirklich verweigerte.“ — Das war hart, sehr hart. Das Allerhässliche aber war die Thatsache, daß in der appellationsgerichtlichen Verhandlung der als Zeuge vernommene Polizeirath Pfister die der Polizeidirektion zur Last gelegte Beeinflussung der Wirthe nicht nur zugab, sondern sogar zu rechtfertigen veruchte. Den „destruktiven Tendenzen“ der sozialdemokratischen Partei gegenüber, meinte er, sei eben diese Beeinflussung (das heißt mit anderen Worten: der Amtsmißbrauch) notwendig! — Da war ja selbst der Himmel in Costel origineller; er bestrafte die Tanzwirthe und zugleich die Tänzer, weil der Kreis (und in denselben ein oder der andere Tänzer) ultramontan gewählt hatte; hier aber werden die Wirthe allein bestraft, weil sie ihrem Gewerbe nachgehen. Die „destruktiven Tendenzen“ der sozialdemokratischen Partei werden aber nicht bestraft durch den Erlaß der Münchener Polizei, weil durch derartige überaus plumpe Verfolgungen diese „destruktiven Tendenzen“ immer größere Verbreitung finden. Zu Uebri gen brauchen die Ultramontanen eine Anzahl solcher Costel Himmel; und wir freuen uns, wenn sich auch in Bayern die Sozialistendöcker unter der Polizei vermehren.

— Die Hungersnoth sieht drohend vor der Thüre. In den Provinzen Preußen und Schlessien sind in verschiedenen Zweigen der Landwirtschaft Missethatsen gewesen, so daß eine Theuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse bevorsteht. An der nothwendigsten, ungenügend des drohenden Krieges Ueberflüssig der nöthigen Lebensmittel — was bedeutet das? Hungersnoth, Hungertyphus, Hungertodwahn!

— Der Typhus ist unter den Mannschaften des Eisenbahn-Regiments, welche in der Frobenstraße in Berlin einquartiert sind, mit solcher Heftigkeit aufgetreten, daß die Gebäude sofort geräumt werden mußten. Die Mannschaften des Eisenbahnregiments haben beinahe einen sehr schweren Dienst, der die Körper der Soldaten ungemein angreift. Die Ernährungsweise der deutschen Soldaten ist keineswegs eine gute; man kann sie nur genügend nennen bei den Soldaten, die einen ganz gefunden Garnisondienst haben. Für diejenigen Truppen schon, welche in den Festungen zu öfterem Wachdienst herangezogen werden, genügen die Nationen nicht — die Quantität ist wohl vorhanden, aber nicht die Qualität. Daraus geht hervor, daß bei den so sehr angestrengten Mannschaften des Eisenbahnregiments der Typhus durch die nicht genügende Ernährungsweise wahrscheinlich hervorgerufen sein wird. — Hungertyphus also in der Armee? Das wäre allerdings sehr stark!

Falle es noch Aufgabe dieses Gerichtshofes wäre, die Beweise selbstständig zusammenzustellen und der Beurtheilung zu unterziehen;

In Anbetracht ferner, daß im Urtheile weder solche Beweise, noch aber Hinweise auf dieselben enthalten sind und somit auch diesem Gerichtshof keine Modalität zur Verfügung steht, vermöge deren er in den Besitz solcher Beweise gelangen könnte; in Anbetracht all dieser Gründe — abgesehen davon, daß die Qualifikation der angeblichen Verbrechen noch zu besprechen bliebe — mußte der obige Einstellungsbescheid gefaßt werden.

Aus all diesen Gründen leuchtet als Hauptgrund, um nicht zu sagen als einziger Grund der hervor, daß die französische Regierung auf das von unserem Justizministerium gestellte Ansuchen, die auf die Anklage bezüglichen Aktenstücke einzusenden, bloß das Contumaz-Urtheil und zwar ohne Motivirung desselben, sowie ohne Darlegung des Thatbestandes einschickte.

Das der „Darlegung“ hinzugefügte Eigenschaftswort „präzise“, welches der Vermuthung Raum läßt, als hätte überhaupt eine Darlegung des Thatbestandes stattgefunden — was nicht der Fall ist — sowie all die folgenden Anbetrachts mit ihren „wenn“ und „abgesehen“ sind nichts als unnöthiger Ballast. Was in die Wagtschale fiel, was den Ausschlag gab, war die Thatsache, daß die französische Regierung, die nicht um die Verhaftung Frankel's anhielt, auch keine Aktenstücke einschickte. Es wäre unserer Ansicht nach correcter gewesen, wenn der Gerichtshofgleich von vornherein untersucht hätte, ob die angeblichen Verbrechen als politisch oder gemein zu betrachten seien, als daß es hinterher erklärt, nachdem Frankel zehn Monate in Untersuchung stand, wovon er drei Monate im Gefängniß zubrachte — es wäre ihm dies auch noch dann, wenn er in dem Besitz solcher Beweise gewesen wäre, zu besprechen geblieben.

Was England, Holland, die Schweiz, Deutschland u. s. w. alle diese Länder, in welchen Frankel seit dem Falle der Commune gelebt, und in welchen viele seiner „Mitschuldigen“ heute noch leben und zum Theil an öffentlichen Anstalten wirken, nicht gehen haben, nämlich die an der Pariser Commune theilnehmenden Personen zu verhaften und in Untersuchung zu ziehen, blieb der österreichisch-ungarischen Regierung vorbehalten. Es trifft dieser Vorwurf allerdings mehr die österreichische Regierung, denn diese ließ ihn verhaften; diese ihn in den Kerker werfen (in welchem

— Der Wortlaut des Rescripts, welches, ausgehend von der Oberpostdirektion in Bromberg, die Spionage nach den Briefen Ledochowski's angeordnet hat, war:

Bromberg, 16. September 1876.

„Die Kaiserl. Postanstalt erhält anliegend ein Exemplar des autographischen Abzuges der vom Grafen Ledochowski eigenhändig geschriebenen an den Fürsten Brest in Piaski gerichteten Briefaufschrift mit der Anweisung, dergleichen von der Hand des Grafen Ledochowski herrührende Briefe anzuhalten und der zuständigen königl. Staatsanwaltschaft des betreffenden Kreises zum weiteren Verfahren zu übersenden, auch gleichzeitig mir vom Geschehenen Anzeige zu machen.“

Der kaiserliche Ober-Postdirektor: v. Jahn.
An die kaiserliche Postanstalt.
Darunter die Nachahmung der Briefaufschrift an den Curatus Brest:
frei.

Monsieur
Mr. l'Ab. Breuk Curé
à
Prusse
Grand Duché
de Posen.
Piaski
Kruschwitz
(Kruswicz.)
Se. Vortrefflichkeit der Herr Generalpostmeister Stephan nehmen uns doch die kleine Indiskretion nicht übel?

— Die Stadt Breslau hat den Hirsch-Dunder'schen für ihr löbliches Thun und Treiben im Dienste des Kapitalismus 300 Reichsmark geschenkt. Die Thatsache berichtet der „Gewerkeverein“ selbst — jedem Arbeiter gebührt sein Lohn und wer für den Kapitalismus arbeitet, erhält — Kapital. Die 300 Mark sollen zur Vergrößerung des einmal wöchentlich erscheinenden urlangweiligen Käseblättchens, des „Gewerkeverein“, verwendet und neben dem berühmten Nathan, Exrabbiner, der gleichfalls berühmte Apostel Bruder Mierke als Redakteur ange stellt werden. Da wird endlich einmal Leben in die Bude kommen und die von den Lesern des Blattes so vielfach vermehrte pilante Schreibweise erzielt werden. Der große Nathan hat die Vergrößerung beantragt; ob er auch zugleich den Bruder Mierke als Cumpen vorgeschlagen hat, wissen wir nicht, nur das ist gewiß, daß Herr Mierke vom 1. November an wohlbestallter Mitredakteur des „Gewerkeverein“ wird.

— Unser Breslauer Parteiblatt, die „Wahrheit“, macht uns darauf aufmerksam, daß wir dem Hirsch-Dunder'schen Gewerkevereins-Congress ein großes Unrecht zugefügt hätten, indem wir die Zahl der Anwesenden auf 23 angegeben haben. Wir machen dies Unrecht wieder gut und berichtigen die Zahl dahin, daß nicht 23, sondern nur 20 Delegirte anwesend waren.

— Wenn zum Krieg geordnete Finanzen gehörten, und bankrotte Staaten keinen Krieg führen könnten, wäre der Weltfrieden, soweit Rußland und die Türkei im Spiele sind, vollständig gesichert, denn die beiden Genannten sind so bankrott, wie ein Staat es überhaupt sein kann. Von der Türkei weiß es jedes Kind, — Dank dem „Rubel auf Reisen“; von Rußland aber wissen es sehr Wenige, ebenfalls Dank dem „Rubel auf Reisen“. Wie's um die russischen Finanzen steht, erhellt aus folgender Uebersicht, die von unerschütterlicher Seite stammt: „Die russische Regierung, die von unerschütterlicher Seite periodisch garantierten Zinszahlungen an die russischen Eisenbahnen suspendirt. Jede einzelne Direction erhielt davon eine Privatmittheilung, aber unter beigefügtem Befehl, nichts darüber verlauten zu lassen. Was solch ein Befehl in Rußland sagen will, weiß Jeder, der die Leidensgeschichte der in den sibirischen Bergwerken Lebendiggelassenen kennt. Nichtsdestoweniger kam die Kunde von dem Thatbestand an die Telegramm-Agentur von Reuter in London, das Hauptglied der europäischen Telegraphen-Dreieinigkeits-Reuter, Havas und Wolff; auf spezielles Verlangen der russischen Gesandtschaft in London hat aber der brave Mann die Kunde unterdrückt.“ — Namentlich in England kann dieser thatfächliche Bankrott Rußlands nicht verschleiert, den größten Eindruck zu machen; denn John Bull hat das meiste Geld für die russischen Eisenbahnen geliefert, und was die Türkei ihm schuldet, ist nichts, verglichen mit den riesigen Summen, um die der Russe ihn erleichtert hat, und für welche der „Rubel auf Reisen“, so freigebig er sich auch in der jüngsten „Entrüstungs“-Epidemie bewiesen hat, doch nur einen sehr, sehr schwachen Ersatz bieten kann.

eine Lampe, wie dies nur bei Mördern angewendet wird, die Nächte hindurch brennen mußte; diese ließ ihn in Ketten nach Best führen; diese allein trifft daher die ganze Schmach des Verhaftens, was um so greller hervortritt, wenn man weiß, daß sie einzelnen Führern der Carlistischen Bewegung, die von der spanischen Regierung des Nordes und der Brandstiftung angeklagt waren, ihren Schutz verlieh. Der Unterschied liegt allerdings darin — und daher wahrscheinlich die ungeheilte Gung — daß die Carlisten für Gott und König, während die Anhänger der Commune nur für Freiheit und Gleichheit kämpften.

Es darf aber andererseits auch keinen Augenblick dem Gedanken Raum gegeben werden, als wäre die Richtentcheidung der verlangten Aktenstücke einer etwa menschlichen Regierung der französischen Regierung entzogen, denn dies hieße sie falsch beurtheilen. Man darf hierin nichts andres suchen, kann in diesem Vorgehen auch nichts andres als die Ohnmacht, die Unmöglichkeit finden, in welcher sie sich befand, dem Ansuchen unserer Regierung Folge zu leisten. Es sind, waren und werden keine Aktenstücke, es sind, waren und werden keine Beweise existiren, die das Todesurtheil, welches das Kriegsgericht am 2. November 1872 über Frankel zu verhängen für gut befand, rechtfertigen könnten. Diese Nichtbeweise beweisen, wie die französischen Kriegsgerichte vorgehen, beweisen, daß sie die Todesurtheile nur so leicht hin fällten, weil sie sie fällen wollten; sie waren eben Kläger und Richter zugleich.

— „Französische Unwissenheit“ in Bezug auf alles Nicht-französische, bildet eine stehende Rubrik unserer hawinsischen Presse. Daß die Waffe unserer deutschen Zeitungsschreiber im Durchschnitt mit der Wissenschaft mindestens auf ebenso gespannten Füße steht, wie die Waffe der französischen, ist Jedem bekannt, der mit den journalistischen Zuständen irgend vertraut ist, und jeder Tag bringt in der deutschen Presse Intelligenzschlachten hervor, die sich mit dem „Generalstab“ u. s. w. sehr wohl messen können. Und folgendes deutsche Geschichtchen reißt sich dem Besten an, was je in Frankreich auf diesem Gebiet vorgekommen ist. Die „Neue Berliner Börsenzeitung“ erzählt (unter Vorbeugung der Wahrheit): „Ein hiesiges (Berliner) Bankhaus reichte bei der deutschen Reichsbank dieser Tage einen in französischem Text geschriebenen Wechsel zum Discont ein, bei welchem die auf den Bezogenen bezügliche Stelle lautete: Mr. Hambourg, Villa Libre (Freie Stadt). Diesen Wechsel reichte die Reichsbank mit einem Bette folgenden Inhalts: „Ort des Verfalls zweifelhaft“

— Vom diplomatischen und militärischen Kriegsschauplatz nichts Neues; denn daß in Serbien gemehelt wird, und daß die russische Diplomatie, aktiv oder passiv unterstützt von der Diplomatie des übrigen Europa mit den Interessen der Völker das schändliche Spiel treibt, ist ja nichts Neues mehr.

In Wochzetteln wird schon angedeutet, daß die orientalische Frage in der „Thronrede“ zur Eröffnung des deutschen Reichstags keine Erwähnung finden soll, und daß man von Seiten der Herren Reichsboten gebührende Zähmung ihrer Reue erwartet. Der Wink wird von den reichstrenen Seelen verstanden werden.

— Der Redakteur des Parteiblattes „Frankfurter Volksfreund“, Franz Thomas, hat am 20. Oktober die wegen angeblicher Beleidigung verhängte Gefängnisstrafe von vier Monaten zehn Tagen angetreten.

— Unser Parteiorgan „Volkswille“ in Augsburg veröffentlicht ein Verzeichnis von 180 Mitgliedern des Veteranenvereins, welche 360 Beleidigungen gegen den Redakteur des Blattes Strafantrag gestellt haben.

— Zum Rückgang. In Essen erscheint seit dem 1. Oktober ein neues Parteiorgan, die „Essener Freie Zeitung“.

Correspondenzen.

Wien, 17. Oktober. Wenn überhaupt ein sozialdemokratisches Gemüth zur Aufnahme von Sentimentalität oder ähnlichen Gefühlen geeignet wäre, so hätte es die österreichischen Arbeiter beschleichen müssen, als wir im „Volksstaat“ den Aufruf des Parteiausschusses zu Gunsten des „Vorwärts“ zu lesen bekamen, wo es heißt: „Unsere Parteiorganisation kann man zerstören, unsere Vereine auflösen, unsere Redner in's Gefängnis setzen, aber das Lesen unseres Centralblattes kann man nicht verbieten.“ Fast sind wir versucht, unsere Genossen „draußen im Reich“ um ihre Freiheit zu beneiden, trotz der haarsträubenden Urtheile gegen Saeveke, Rottmann u. A. Bei uns im österreichischen „Reichsstaate“ gibt man sich gar nicht viel Mühe, erst Organisationen zu zerstören, Vereine aufzulösen und Redner einzuperrern, man macht die Sache einfacher, zu was hätte man denn sonst als für alle Fälle taugliches Arcanum den § 6 mit seiner „Staatsgefährlichkeit“: man läßt lieber gar keine Organisationen aufkommen, bewilligt keine Vereine und verbietet alle Versammlungen von vornherein, so daß keine Reden gehalten werden können — zum Einsperren ist man ja um andere Gründe nicht im geringsten verlegen. Das Lesen unseres Centralblattes „Gleichheit“ können unsere „constitutionellen“ Gewalthaber zwar auch nicht verbieten, aber von dieser „Liberalität“ vermögen wir Arbeiter in Oesterreich verflucht wenig Gebrauch zu machen, wenn, wie sich das jetzt fast täglich ereignet, sämtliche Exemplare des Blattes in treuer Obhut der Polizei oder Staatsanwaltschaft sich befinden. Seit der Nr. 15 des Jahres 1874, unmittelbar nach dem Neuböhrler Congresse, welche den Reigen der Consecrationen eröffnete, folgten dieselben erst langsamer, dann immer schneller und schneller aufeinander, in gleichem Maße, wie sich der Oberwinder'sche Auhang verlor, die Partei sich wieder einte und stärkte und die hohen Herren vor der anfangs über die Achsel angesehenen „Neustädter Clique“ Respekt zu haben begannen; bis jetzt fast selten eine Nummer in die Oeffentlichkeit gelangt, die nicht durch verschiedene größere oder kleinere weisse Stellen Zeugniß ablegt, wie sorgsam unsere Staatsmänner bei der Auswahl unserer geistigen Nahrung vorgehen, damit die Milch der frommen Denkungsart ja nicht von dem sozialdemokratischen Gifte zersezt werde. Ja, neuerer Zeit treibt man die Raffinirtheit so weit, daß die Angabe des Consecrationgrundes verweigert und die Veranstaltung einer zweiten Auflage unmöglich gemacht wird, die Abonnenten sohin ohne ihr Blatt bleiben. Und bei all diesen Consecrationen hat die „Gleichheit“ während der vier Jahre ihres Bestehens als Central-Parteiorgan auch noch nicht einen Prozeß gehabt. Man traut offenbar den noch nicht ganz corrumpten ländlichen Geschwornen des Neustädter Kreisgerichtspräsidenten nicht recht und zieht den viel sichereren und viel gewöhnlicheren Weg des „objectiven Verfahrens“ vor, um das verhasste sozialdemokratische Blatt zu Grunde zu richten. Uebrigens haben wir uns schon längst abgewöhnt, die bei uns herrschenden Zustände so zu kritisiren, wie sie es verdienen; wir haben uns in den meisten Fällen beschränkt, Thatfachen anzuführen, trodene Thatfachen, die für sich selbst deutlich genug

Das Bankhaus verlor nunmehr den Wechsel mit der Notiz: „Für die Richtigkeit des Zahlungsortes Hamburg komme ich auf“, erhielt jedoch den Wechsel von der Reichsbank wieder mit dem Bemerken: „Es ist die bestimmte Erklärung abgegeben, daß die Villa in Hamburg liegt.“

Das französische Wort Ville — Stadt — hatten die Gelehrten der deutschen Reichsbank mit dem in's Deutsche übergegangenen Fremdwort Villa — Landhaus verwechselt! Das ist wirklich stark.

Bei dieser Gelegenheit fällt uns ein, daß der langjährige Redakteur eines der größten und dem deutschen Reichstagsler nächststehenden Blätter vor einigen Jahren und dem englischen Thronfolger, dem Prinz von Wales, einen neuen „Fürsten von Galles“ gemacht und damit den Anman von Goshia in überraschender Weise bereichert hat. Der gute Mann hatte in einem französischen Blatt den Titel Prince de Galles — unter den obersten Würdenträgern Englands — gefunden und keine Ahnung davon gehabt, daß Galles die französische Bezeichnung für Wales ist (obgleich die Veranschaulichung des germanischen W mit dem romanischen G sehr gewöhnlich: Gallien, Belgien, Guelphen Wessen, Ghiddelesin Waidlinger u. s. w.). Prince heißt auf Deutsch nicht bloß Prinz, sondern auch Fürst, und so war das Unglück fertig.

Die Lust und Liebe, mit welcher das Volk in Waffen seiner militärischen Pflicht genügt, zeigt sich alljährlich in hundert Fällen, die alleamt für den Militarismus ein tief beschämendes Zeugniß ablegen. So entsetzlich aber, wie in einem aus Reife berichteten Vorfall, tritt selten die Abneigung unserer „Heldenhöhne“ gegen die Ehre „St. Rajahat“ in Wehr und Waffen zu dienen, zu Tage. Es freute sich nämlich ein Soldat Kalksand, wovon er eine ganze Schachtel bei sich führte, in beide Augen, um, wie er eingestanden hat, infolge der erhofften Erblindung vom Militärdienst loszukommen. Er hatte wegen Vornahme derselben Handlung schon dreimal und außerdem wegen Selbstverwundung durch Abhaden eines Fingers Strafe zu verbüßen.

Ein nettes Pflänzchen. In Karlsruhe in Baden haben die Geschworenen einen 17-jährigen Schullehrerseminaristen, welcher überführt und geständig war, an einem 17-jährigen Mädchen eine Reihe von Unzuchtthaten schwerer Art begangen zu haben, freigesprochen, weil die Geschworenen meinten, daß derselbe „die zur Erkenntniß der Strafbareit seiner That nöthige Einsicht noch nicht erlangt habe.“ Ein hübsches Zeugniß für die Schule! Mit 18 Jahren muß der junge Mann vielleicht schon als Hilfslehrer amtiren und dann hat er wohl die „nöthige Einsicht“ erlangt, die er ein halbes Jahr früher nicht besaß. Wäre ein Seminar einem jungen Mann von 17 1/2 Jahren nicht die „Einsicht“ beibringen kann, die ihn vor wichtigen Handlungen „ben hren muß, dann steht es gut aus mit der Zukunft der deutschen

sprechen. Doch gerade diese Anführung nackter Thatfachen gab in den meisten Fällen Grund zur Beschlagnahme, als ob es unsere „Gefesedwächter“ instinctiv herausfänden, daß sie wirksamer seien, als alle Kritik. Was man bei uns alles confiscirt, müssen die deutschen Genossen aus dem auch im „Volksstaat“ veröffentlichten Bericht über den Neustädter Congreß, sowie daraus entnehmen, daß auch der Abdruck des in Nr. 1 des „Vorwärts“ enthaltenen Artikels über die Schutzollfrage in Nr. 40 der „Gleichheit“ mit Beschlag belegt wurde. Die gleiche Nummer enthält noch vier andere beanstandete Artikel. „Kur keinen Genierer!“ pflegt man bei uns zu sagen.

So wie der „Gleichheit“ ergreift es auch dem „Arbeiterfreund“, der „Budoucnost“, dem „Bauernwille“ und allen übrigen Blättern, welche die Interessen des arbeitenden Volkes vertreten und vertreten haben (die „Arbeiter-Wochenchronik“ in Budapest ist glücklicherweise durch die ungarischen Grenzpfähle vor unserer „objectiven“ „Liberalität“ geschützt). Wie tief unsere Parteiblätter durch dieses allen Begriffen von Pressefreiheit Hohn sprechende Verfahren geschädigt werden, ist leicht zu ermessen. Abgesehen von den direkten materiellen Einbußen, die durch die Veranstaltung zweiter Auflagen, durch den Ausfall des Einzelverleihses u. s. w. erwachsen, ist es auch ganz leicht begreiflich, daß viele Abnehmer es müde werden, ein Blatt zu abonniren, welches ihnen so unregelmäßig zukommt und dann in den meisten Fällen mit unbedruckten Seiten, und welches zudem nicht wagen darf, die Tagesereignisse in angemessener Weise zu besprechen. Thatächlich haben es viele, sonst brave Genossen, aufgegeben, die „Gleichheit“ zu halten, oder auch nur dieselbe zu empfehlen, und verwenden ihr Geld und ihre Agitation lieber auf den „Volksstaat“, respective „Vorwärts“. So leicht erklärlich dies ist, so ist die Thatfache nichtsbedeutender bedauerlich, indem diese Genossen nicht bedenken, daß sie dadurch den Bestand des eigenen, zunächst liegenden Blattes in Frage stellen, welchen zu sichern ihre erste Pflicht sein sollte. Die Cautionspflicht, der Zeitungstempel, das Verbot der Colportage, ja sogar das Verbot des Verleihses in der Tabaktrafik, wo alle liberalen Endblätter zu haben sind, schädigen das Blatt zur Genüge, darum sollten doch wenigstens die Genossen all ihr Möglichstes zu dessen Erhaltung beitragen, erwägend, daß ja nur die politischen Verhältnisse, nicht die Redaktion, schuld sind, wenn das Blatt weniger bietet, als irgend ein anderes Parteiblatt.

Freilich trägt das Demoralisirende der Consecration, das stets über dem Blatte schwebt; die Ungewißheit, wie weit man gehen, was man bringen dürfe und was nicht, sein gut Theil dazu bei, auch auf die Mitarbeiter drückend zu wirken. Fortwährend verurtheilt zu werden, ohne auch nur ein Wort zu seiner Vertheidigung sagen zu dürfen, ist ganz dazu angehan, Einem, wenn auch nicht den Muth, so doch Luft und Freude zu nehmen. Man arbeitet ja doch nicht gern für den Staatsanwalter. Darum haben wir nicht ganz Unrecht, wenn wir die Genossen in Deutschland ob ihrer Prozesse und Verurtheilungen beneiden. Diese sind ja die befruchtende Saat, aus welcher neue Genossen, neue Kämpfer entspringen. Das vor Gericht zur Vertheidigung gefrorene Wort verfehlt seine Wirkung nicht, und wenn die „liberalen“ Richter und Geschwornen auch zehnmal ihr Schuldig sprechen mögen. Das „objective“ System aber, welches bei uns herrscht, erzeugt nur dumpfe Apathie und Unzufriedenheit. Freilich, wenn der Schnee schmilzt, wenn die unzufriedenen Massen plötzlich aus ihrer Apathie gerissen werden — dann wird vielleicht die Zeit der Reue kommen.

Um übrigens gerecht zu sein, müssen wir sagen, daß die Segnungen des objectiven Verfahrens sich nicht auf die sozialdemokratischen Blätter allein erstrecken; die L. L. „Wiener Zeitung“ veröffentlicht in jeder ihrer Nummern eine lange Reihe von Gerichtserkenntnissen, mit welchen die Beschlagnahme unterschiedlicher Druckchriften bestätigt wird. Es scheint dies der einzige Punkt zu sein, bei dem die diesbezügliche Phrase „Gleiches Recht für Alle“, einige Berechtigung hat. Daß dabei die wunderbarsten Blüthen unserer staatsgrundgesetzlich anerkannten Pressefreiheit zu Tage treten, ist wohl selbstverständlich. Wenn z. B. das „Vaterland“ für eine Ferkelstüdelung der Türkei eintritt, wird es confiscirt; wenn die „Neue Freie Presse“ in Bezug auf die Türkenloose der Frankobank die Integrität der Türkei verteidigt, wird sie auch confiscirt. Daß etwas in Wiener-Neustadt oder Bozen confiscirt wird, was in Wien Gnade vor den staatsanwaltschaftlichen Augen gefunden, kommt öfters vor. Letztlich wurde die „Neue Freie Presse“ confiscirt, weil sie einen bei Gelegenheit der Durangreise des italienischen Kronprinzen Humbert vom säkularistischen Actioncomité erlassenen Aufruf gebracht, trotzdem sie denselben in abfälliger Weise besprach und trotzdem derselbe im amtlichen „Tiroler Boten“ gestanden, ohne beanstandet zu werden. Das Fostilichste ist wohl folgendes Faktum: In Vogen wurde das 53. Flugblatt des Tiroler Volksvereins und ein Aufruf des Comité's zur Veranstaltung einer Herz-Jesu-Feier confiscirt. Auf Veranlassung des Reichsrathabgeordneten von Zallinger wurde ein Separatabdruck, trotzdem er, wie gesagt, nichts enthielt, als die beiden staatsanwaltschaftlichen Decrete, gelapert; u. s. w. in's Unendliche.

Das „Gleiches Recht für Alle“ hört allerdings auf, sobald die Sache vor Gericht kommt. Steht z. B. die „Deutsche Zeitung“ vor den Schranken, wie leztlich am 14. d. M., so lezt es verständnißhinne Blicke zwischen dem Angeklagten und den Geschwornen und das Blatt wird freigesprochen. Das ultramontane „Vaterland“ aber wird zu vier Monaten und 500 fl. Cautionsverlust verurtheilt, weil es einen Artikel über das allgemeine Wahlrecht gebracht, — natürlich, die Geschwornen müssen doch ihren „Liberalismus“ zur Schau tragen. Wie würden sich die liberalen Bourgeois auf der Geschwornenbank erst zeigen, wenn in Wien ein sozialistisches Blatt erscheinen würde. Graf Lamezan, der Wiener Teisenborf, würde zweifelsohne freigebiger mit subjektiven Anklagen sein, als der Neustädter Staatsanwalt, dem die Trauben zu sauer sind. Welche Urtheile uns da in Aussicht ständen, davon gibt uns die vor zwei Jahren erfolgte Verurtheilung des Genossen Vollbracht von der „Radikalen Arbeiterpresse“ wegen Abdruck des Gedichtes „Kraft und Stoff“ von Bodenstedt eine Andeutung.

Beispiele, wie die oben angeführten, ließen sich zu Hunderten anführen, doch für heute lassen wir's genug sein. Uebermorgen wird ja unser Reichsrath eröffnet und da liegt ja schon lange ein Antrag des Abgeordneten Dr. Erregger auf Aufhebung des objectiven Verfahrens vor. Vederemo!

Aus der Schweiz, 20. Oktober. Ein wackeres Blatt, den in Basel erscheinenden „Vorwärts“, der der Sache des arbeitenden Volks redlich gedient, hat man soeben zu Grabe getragen. Die Liberalen haben ihm den Garaus gemacht, weil er sie schwer gekränkt, ihre Ehrlichkeit bezweifelt und von Jesuitismus gesprochen, als ihre Lippen vom Wohle der Arbeiter überfließen. Man hatte ihm eine so unerhört hohe Strafe für seinen Frevel auferlegt, daß er darunter mit Nothwendigkeit zusammenbrechen mußte. Ob die Liberalen wädhnen, daß jezt der Mann selber sterben muß, weil es ihnen gelungen ist, ihm eine Wülbe abzu-

getuschelt, die gewaltthame Unterdrückung des „Vorwärts“ wird die Baseler Arbeiter nur ermuntern, die bisher b'tretene Bahn weiter zu verfolgen und den arbeitenden Klassen an einem praktischen Beispiele klar zu machen, welcher Art der Fortschritt des republikanischen Liberalismus ist. Die Baseler Genossen wollen in wichtigen Fragen Flugblätter herausgeben, hoffentlich gelingt es ihnen bald, sich ein neues Lokallblatt zu schaffen. — Das Bundes-Comité des schweizerischen Arbeiterbundes veröffentlicht soeben die Anträge, welche der Urabstimmung in den Sektionen unterbreitet werden sollen. Sie umfassen die Wahl des Redakteurs der „Tagwacht“, die Volksbuchhandlung in Zürich, die Reform des Sterbekassenwesens sowie die Gründung einer Unterstützungskasse für gemahregelte Arbeiter. Bei der Wahl eines Redakteurs für die „Tagwacht“ kommen zwei Personen in Betracht; es sind vorgeschlagen: der bisherige Redakteur Greulich und Staub von Glarus. Bei der Sterbekassenverwaltung sollen den Hinterlassenen Derjenigen, welche längere Zeit Mitglied des Vereins gewesen sind, zu der gewöhnlichen Unterstützung noch Prämien auszubehalten werden, welche je nach der Anzahl der Jahre der Mitgliedschaft stufenweise von 5 zu 5 Jahren nach einer später festzusetzenden Norm zu bestimmen sind. Die Verwaltungskommission soll beauftragt werden, an Hand der gemachten Erfahrungen diese Norm auszuarbeiten. Sobald der Reservefond die Höhe von 3000 Fr. erreicht hat, und die Zahl der Beiträge so groß ist, daß eine kleinere, durch 5 theilbare Zahl von Centimes per Mitglied genügt, um das Maximum der Unterstützung auszubahlen, so sollen die Beiträge entsprechend erniedrigt werden. Diese Reform erscheint uns sehr heilsam, sie dürfte wesentlich zur Kräftigung und Erweiterung des Arbeiterbundes beitragen. — Die Unterstützungskasse für die Gemahregelten wird durch freiwillige und vierteljährliche Beiträge von 5 Cts. per Mitglied gebildet. Die vierteljährlichen Beiträge müssen zur Pflege des gegenseitigen persönlichen Solidaritätsgefühls von den Mitgliedern direkt erhoben werden. Die Verwaltung der Kasse übernimmt die Finanz-Commission des Bundes-Comités. — Ein recht erfreuliches Lebenszeichen geben die Genossen in Zürich. Sie gehen der Privatbanker-Wirtschaft, welche das Volk auf schamlose Weise ausbeutet, scharf zu Leibe, und aller Wahrscheinlichkeit nach werden die Privatbanken bald zu existiren aufhören. Verlangen 5000 Bürger die Vorlage eines Gesetzes, dann muß der Große Rath dem Antrage entsprechen, die 5000 Unterschriften sind nun schon beisammen, und möglicherweise hat sich schon die nächste ordentliche Versammlung des Großen Rathes mit dem Gegenstande zu beschäftigen. An der Spitze der Bewegung steht der um die Arbeiterfrage hochverdiente Parteigenosse Carl Burki, Mitglied des Großen Rathes.

Im Kanton Tessin hat die radikale Partei den in seiner Majorität ultramontanen Großen Rath durch einen Staatsstreik an die Luft gesetzt. Näheres im nächsten Briefe.

Atheda i. B., Mittwoch den 18. Oktober tagte hier eine gut besuchte Volksversammlung mit der Tagesordnung: 1) Die Stellung der Sozialdemokratie zu den bevorstehenden Landtagswahlen; 2) die Handwerkerfortbildungsschule, wozu Hr. J. Scheil aus Dortmund als Referent anwesend war. Derselbe erledigte sich seiner Aufgabe zur größten Zufriedenheit aller Anwesenden, welche zum Schluß lebhaft applaudirten. Darauf sprach Herr Heitbrink aus Bielefeld noch einige beherzigende Worte in Betreff des Volksschulwesens und empfahl den Versammelten, bei der nächsten Reichstagswahl nur für einen Arbeitercandidaten zu stimmen. — Auf, Ihr Arbeiter Athedas, agitirt mit allen Kräften, tretet ein für Euer Recht und schafft Aufklärung überall.

Th. Schulte.

Greiz, 16. Oktober. In der Zeit vom 24. September bis zum 9. Oktober sind in unserem Wahlkreise eine große Anzahl Volksversammlungen abgehalten worden, in denen unser Reichstagscandidat Wilhelm Bloß unter äußerst zahlreicher Theilnahme der Wählerschaft die Gegner des Sozialismus in treffender Weise schilderte, sowie die Ziele des Sozialismus klarlegte. Die Versammlungen hatten einen ausgezeichneten Erfolg, und wagten die anwesenden Gegner nicht, den Ausführungen unseres Candidaten offen entgegenzutreten. Dafür that aber ihr Schimpf-Organ das Möglichste im Verlaßern der Sozialdemokratie. Wird aber den reichstrenen Quacksalbern alles nichts helfen! Die Aussichten für die Wahl unseres Candidaten sind sehr günstig, da er es auch verstanden hat, die Landbevölkerung von der Wahrsamkeit und Nothwendigkeit der sozialistischen Bewegung zu überzeugen. — In einer Versammlung hatten einige „gebildete Flegel“ versucht, Standal herbeizuführen, indem sie unter die Arbeiter die bekannten Cri-Cri vertheilten. Die Arbeiter waren jedoch vernünftiger und ausdauernder als das noble reichstrene Pad — sie machten eben keinen Standal. Ob deshalb Entlassungen aus der Arbeit erfolgt sind, haben wir noch nicht in Erfahrung gebracht.

Potsdam, 22. Oktober. (An die Wähler, Partei- und Gesinnungsgenossen des I. Anhaltischen Wahlkreises.) Nachdem sich das hierorts am 14. d. M. gewählte Central-Wahl-Agitations-Comité constituirt hat, ersuchen wir Euch, bei der bevorstehenden Reichstagswahl mit aller Entschiedenheit dahin zu wirken, daß unser Candidat, Parteigenosse Bruno Weiser in Leipzig, siegreich aus der Wahlurne hervorgeht. Da zur Erreichung unseres Zieles es nothwendig ist, uns so gut wie möglich zu organisiren, ersuchen wir Euch, in jedem Orte ein Wahlcomité zu bilden und dieses anzuhalten, sich mit uns in Verbindung zu setzen, damit eine regelmäßige Agitation unterhalten werden kann. Auch ist es nothwendig, um Zerplitterungen zu verhüten, daß die zur Wahlagitiation bestimmten resp. gesammelten Gelder dem Central-Wahl-Agitations-Comité übermittleit werden, das dann alle Ausgaben zu bestreiten hat. Monatliche Abrechnung erfolgt an die einzelnen Wahlcomités. Thue Jeder seine Schuldigkeit und der Sieg kann nicht zweifelhaft sein. — Hauptächlich müssen wir die Parteigenossen von Jersbit um Adressen ersuchen. Zum Vorsitzenden des Central-Wahl-Agitations-Comités wurde Unterzeichneter gewählt, an welchen auch alle Briefe zu adressiren sind, zum Stellvertreter J. Beder, zum Kassirer J. Richter, Tuchmacher in der Wasserstadt, zum Stellvertreter Schröder, Maler, zum Schriftführer E. Käbiger.

H. Fromm, Stiftsstraße 21.

NB. Alle Gelder sind an den Kassirer zu senden. Lambrecht, 16. Oktober. Am 20. September fand hier ein gut besuchte Volksversammlung statt, bei welcher Parteigenosse und Reichstagscandidat A. Dreessbach, über die hiesige wirtschaftliche Lage der Arbeiter, und ihre Aufgabe für die nächste Reichstagswahl, mit gutem Erfolge referirte. — Die auf den 30. September in Weidenthal anberaumte Volksversammlung konnte nicht stattfinden, indem das dortige Bürgermeisterrath die ordnungsmäßige schriftliche Anzeige des Bürgermeisters, demselben zurücker mit der schriftlichen Bemerkung: Br. m. zurück mit dem Bemerken, daß der nachgesuchten Versammlung die Erlaubniß hier nicht erteilt werden kann. Weidenthal, den 20. September 1876. Das Bürgermeisterrath: Kreiner. Daraufhin reichte der Einberufer, H. Schneider,

Resultat war jedoch, daß Schneider vom Igl. Rentamt Neustadt a. S. mit 5 M. 30 Pf. bestraft wurde, wegen Zuwiderhandlung gegen das Stempelgesetz, weil Einbräuer die Beschwerde auf ungestempeltem Papier eingereicht. Dem Vernehmen nach soll dem Bürgermeister in Weidenthal doch etwas vom Bezirksamte zugeschiedt worden sein, denn beim Empfange der Zuschrift soll der betreffende Bauern-Schultheiß stark verblüfft gewesen sein. — Auch in Elmstein wurde aus der am 1. Oktober anberaumten Versammlung nichts. Der Wirth, bei welchem die Versammlung stattfinden sollte, gab einfach das Lokal nicht dazu her und zeigte auch demgemäß die Versammlung nicht an. Derselbe Wirth scheint von den dortigen Forstbeamten in's Schlepptau genommen worden zu sein, die sozulagen seine Stammgäste sein sollen. Auch mögen vielleicht noch Andere mitgewirkt haben, daß aus der Versammlung nichts wurde.

Coburg, 12. Oktober. Durch das Erscheinen Klute's ward es uns möglich, endlich wieder einmal eine Volksversammlung einzuberufen, in welcher ein fremder Genosse referirte. Sie fand statt am 4. Oktober; auf der Tagesordnung stand: „Welche Staatsform ist die beste?“ Als Vorsitzender fungirte Heinrich Kempf, als Schriftführer Unterzeichneter. Referent führte in seinem, mit zahlreichen Beispielen aus der Geschichte geschmückten Vortrag aus, daß republikanische Staatseinrichtungen mit demokratischer Verfassung und Selbstbestimmungsrecht die beste Staatsform sind, und endete unter Beifall sämtlicher Anwesenden seinen 1 1/2 stündigen Vortrag. Hierauf erhielt Genosse Th. Simon das Wort, welcher sehr treffende Bemerkungen über die bevorstehenden Wahlen, über das Klassenwahlrecht und die heutige Rechtsprechung machte. Auffällig war es uns, daß kein Polizeibeamter zugegen war; an solche Liberalität sind wir gar nicht gewöhnt.

Altenburg, 22. Oktober. Hierdurch will ich einen Agitationsbericht seit dem Congreß geben. Es haben an folgenden Orten Versammlungen stattgefunden: Altenburg, Schmöllen, Ronneburg, Pölsig, Balthausen, und ein Central-Arbeiterfest, an dem sich circa 1000 Mann beteiligten, in Göhring. Ferner fanden zwei Konferenzen statt. Mit dem 5. Oktober habe ich und Freund Stolle, der für unsern Wahlkreis aufgestellte Reichstagskandidat, in dem Westkreis (sogenanntes Holzland) die Agitation begonnen und zwar folgende Orte in Aussicht genommen: Hermsdorf, wo die Versammlung nicht stattfinden konnte wegen Hindernisse der Bekanntheit. Der Amtmann erlaubte auch das Ausklingeln nicht, weil die Versammlung Sonnabend sei, da dann der Pfarrer sich erheben würde. Der Kirchenbesuch sei so schon ein sehr geringer und würde dann für den betreffenden Sonntag noch schlechter ausfallen. Sonntag den 8. Oktober, Nachmittags 3 Uhr, hatten wir in Klosterlausniz und Weissenborn Volksversammlung, welche gut besucht war. Es wurde dem Wirth während der Versammlung der Ausschank von Getränken unterjagt, dadurch will man bezwecken, daß die Wirthe uns ihre Lokale nicht mehr zu Versammlungen geben sollen. Aber der betreffende Wirth erklärte, er sei reich genug, um sich nicht wegen der paar Thaler beeinflussen zu lassen und werde nach derartigen Maßregeln uns erst recht sein Lokal zur Verfügung stellen. Die Versammlung machte einen sehr günstigen Eindruck. Von da ging es nach dem 2. Stunden entfernten Eisenberg, um am selben Abend 8 Uhr Versammlung abzuhalten. Bevor ich über die Versammlung berichte, will ich erst bemerken, wie schmeichelhaft ich bei der Anmeldung dieser Versammlung von Seiten des Bürgermeisters Ritter empfangen worden bin. „Haben Sie Legitimation?“ „Ja, ich führe den Anmeldebchein zum selbständigen Gewerbebetriebe aus dem Jahre 1863 bei mir.“ Das genügt nicht; wenn Sie in Zukunft wieder derartige Entdeckungsfahrten machen, dann bringen Sie mir ein Sittenzugnis, denn dieser Schein ist schon vor 13 Jahren ausgestellt, und Sie können in der Zeit schon mehrmals mit Juchhausstraße bestraft worden sein.“ Ich machte dem Herrn allerdings begreiflich, daß an meinen Namen kein Mal sei. Dann stellte der Bürgermeister mir in Aussicht, daß überhaupt Niemand in unsere Versammlung kommen werde und ich besser gehen hätte, wenn ich zu Hause in meiner Werkstatt sitzen geblieben wäre; Tellererklärung dürfte doch nicht stattfinden. In Betreff der bürgermeisterlichen Prophezeiung, daß unsere Versammlung Niemand besuchen würde, kann ich bestätigen, daß mindestens 400 Personen anwesend waren, und zwar der weit größte Theil aus der sogenannten besseren Klasse. Freund Stolle verstand es trefflich, auch diese für unsere Sache zu gewinnen. Zum Beweis dafür dient, daß, als wir noch an diesem Abend mit der Post abreisen wollten, mehrere den Wunsch äußerten, wir möchten für den Abend bei ihnen bleiben, sie möchten sich gern einige Stunden mit uns unterhalten. — Parteigenossen des Altenburger Wahlkreises, Ihr müßt für die kurze Zeit bis zur Wahl Euch noch mehr anstrengen, wenn die Agitation erfolgreich sein soll.

Mit Gruß Eduard Risch.

Leipzig, 20. Oktober. (Der Lasterknäuel oder Bildung der Gebildeten.) In der am vergangenen Dienstag stattgefundenen Sitzung des „Städtischen Vereins“ spielte sich eine Scene ab, die für die immer mehr überhandnehmende Korbheit unter den sogenannten „Gebildeten“ aufs neue unwiderlegliche Beweise liefert. Einer unserer Genossen (Emil Ulbricht), welcher dem genannten Verein schon seit langer Zeit als Mitglied angehört und es manchmal unternahm, dem wohlthätigen Vorstände des Vereins Opposition zu machen, wurde, als er sich am Schlusse der Versammlung bei dem Schriftführer nach einer Stelle im Protokoll erkundigen wollte, unter dem die „Partei der Ordnung“ prächtig kennzeichnenden Beschriftung: „Haut ihn! Haut!“ u. von etwa 20—30 national-liberalen Heiden überfallen, an der Brust gepackt, bei den Haaren gezogen und mit Häuten und Stöcken bearbeitet! — Erst als Herr Ulbricht, ein Bierglas ergreifend, sich gegen seine lebenswürdigen Vereinsgenossen zu verteidigen Anstalt machte, wichen die „kampfmuthigen“ Heiden zurück. Auf einem Stuhle sitzend, verkündigte nunmehr der Vorsitzende, unter dem Beifallschrei der Versammlung, daß Hr. Ulbricht aus dem Verein ausgeschlossen werden müsse, weil er die Versammlung geführt habe! (Er hatte nämlich gegen die Aufnahme Sparrig's, als Mitglied in den Verein, protestirt.) Damit noch nicht genug, kam, als der „Kultstörer“ bereits den Saal verlassen hatte, auf Requisition eines Nationalliberalen eine 10 Mann starke Polizeivatrouille im Sturmschritt an, um die Raube wieder herzustellen. Also: 150 Nationalliberale, von denen 20—30 über einen einzelnen Sozialisten herfallen und ihn prägen, bieten eine Polizeimacht von 10 Mann auf, um — sich selbst zur Ruhe zu bringen! denn zur etwaigen Arretur eines Einzelnen wäre doch wohl nicht ein derartiges Polizeizeug nöthig gewesen. — Das ist die Handlungsweise eines Vereins, der sich rühmt, die „Elite der Bürgerchaft“ zu seinen Mitgliedern zu haben.

Hamburg. (Notiz für Drechsler.) Drechslergehilfen, welche sich an der Gründung eines Allgemeinen deutschen Drechslervereins thatkräftig beteiligen wollen, werden ersucht, ihre Adressen zu senden an die Expedition.

Bremen. In der geschlossenen Parteiversammlung vom 20. d. Mts. wurde Unterzeichneter zum Parteileiter gewählt. Alle Briefe für mich in Privat-Partei und Agitationsangelegenheiten sind nicht mehr an die Redaktion der „Bremer Freien Zeitung“, sondern nach der Seemannsstraße Nr. 1 zu richten. Mit Gruß Wilh. Fried.

Winden i. B., 22. Oktober. (Allgemeiner deutscher Schneiderverein.) Allen zureisenden Kollegen zur Nachricht, daß sich unser Verkehrslokal bei Herrn Thiele, Ritterstraße, befindet; daselbst wird auch unentgeltlich Arbeit nachgewiesen. Die Genossen wollen dies berücksichtigen, und nicht auf der „Heimat“ Logis nehmen, sondern nur bei unserem Vereinswirth. Außerdem muß ich bemerken, daß das Camphausen'sche Rezept in dem Geschäft von H. Quernmann in Anwendung gebracht worden ist. Dort sind nämlich 8 1/2 % vom Lohn abgezogen. Mit brüderlichem Gruß G. Siepert, Bevollmächtigter.

Striegau, 18. Oktober. (Gebildeter Pöbel.) Sonntag, den 1. Oktober, ging ich mit einem Freunde nach Häslicht, um einen Saal für eine Volksversammlung zu besorgen. Der betreffende Wirth gab uns aber ungenügenden Bescheid und ließ mich deshalb Montag Abend durch einen Arbeiter zu sich bestellen. Ich fand mich denn auch des Abends wirklich im Gastlokale ein, der Wirth fragte mich nach Zweck und Bedeutung der Versammlung, worüber ich ihn auch den nöthigen Bescheid ertheilte und darauf in Betreff des Saales abschlägigen Bescheid erhielt. Ich trank sodann in aller Ruhe ein Glas Bier, als einige noble und angebeirte Herren sich zu mir gesellten und mich mit Fragen in Betreff der Versammlung beströmten. Ich war auch bereit, ihnen die nöthige Aufklärung zu geben, als einer dieser Herren so nobel war, wie ein Ochse zu brüllen: „Was hat ein Arbeiter von Reichstagswahl zu sprechen?“ Ich entfernte mich aus dem Lokale. Auf der Straße angekommen, hatte ich von dem Genannten die größten Schimpfreden und Mißhandlung zu erleiden, woran auch schließlich die anderen Herrschaften sich beteiligten, die mir mit den größten Mißhandlungen drohten, sofern ich nochmals das Lokal betrete. Doch waren sie damit noch nicht zufrieden, sondern veranlaßten durch die freche Verleumdung bei meinem Arbeitgeber meine Entlassung aus der Arbeit. Ist das noch nicht nobel und anständig genug?

Falkenberg in Oberschlesien. In hiesiger Gegend ist ein großer Theil der Bevölkerung sehr arm und fast ganz von den adeligen Herren abhängig, denen große Strecken Acker, Wiesen, Wald und Torfmoor gehören. Da der Tagelohn eines Mannes 60—70 Pfg. beträgt, so muß die Frau natürlich ebenfalls „auf Arbeit“ gehen, den ganzen Tag vom Hause fern bleiben und die Kinder sich selbst überlassen. Man kann sich leicht vorstellen, auf welcher Stufe der Intelligenz die auf solche Weise erzogenen Leute stehen; die Herren von der „grüßlichen Liebe“ predigen die Demuth und die „edlen“ Herren besorgen das Uebrige. Der Umstand, daß die Kinder stets unbeaufsichtigt bleiben müssen, bewirkt übrigens auch sehr viele Unglücksfälle. So ist kürzlich in einem Nachbarort ein Kind auf ganz eigenthümliche Weise um's Leben gekommen. Allein gelassen, kletterte es nach Kinderart im Zimmer umher, gerieth dabei mit dem Kopfe zwischen zwei feststehende Gegenstände und konnte sich aus dieser Lage nicht mehr befreien. Die am Abend heimkehrenden Eltern fanden ihr Kind tot vor. — Der Herr Pfarrer wird am Grabe ohne Zweifel sehr von „Gottes unerforschlichen Rathschlüssen“ zu erzählen wissen, von den verkehrten gesellschaftlichen Einrichtungen aber, die allein solche Fälle möglich machen, wird er kein Wort sagen.

An die Wähler des S. schleswig-holsteinischen Wahlkreises.

Parteigenossen! Der Augenblick ist gekommen, wo es heißt: die Colonnen formirt und in Schlachtordnung aufgestellt, denn der Tag, an dem der Wahlsieg errungen werden soll, rückt bald heran. Nicht darf es uns genügen, in unserm Wahlkreise im ersten Wahlgange den Sieg zu erringen, ein Kreis wie der unsrige, in dem selbst die Gegner die Macht des Sozialismus zähneknirschend anerkennen, muß auch im Verhältnis zu der großen Zahl seiner Arbeiter und Kleinbürger und im Verhältnis zu der seit drei Jahren erfolgten weiteren Ausbreitung des Sozialismus eine dem entsprechende Stimmenzahl am Wahltage aufzuweisen haben. Dazu bedarf es jedoch einer wohlorganisirten Macht, da aber seit Jahren jede Parteiorganisation bei uns vernichtet ist, so ist es um so notwendiger, daß das für die bevorstehende Wahl ernannte Arbeiterwahlcomité mit aller Entschiedenheit vorgeht und in diesen seinen Bestrebungen allseitige Unterstützung findet. Wenn das Comité bis jetzt noch keine besonders hervorragende Thätigkeit geäußert, so geschah dies im Vertrauen auf die den Wählern innewohnende Erkenntniß ihrer Klassenlage und in der Erwägung, daß es zweckmäßig sei, die Kräfte nicht vor dem entscheidenden Zeitpunkt übermäßig anzufragen. Der Zeitpunkt ist jedoch gekommen, wo es gilt, die vorhandenen Kräfte planmäßig zu entwickeln und in Thätigkeit zu setzen, um mit Erfolg den Kampf mit der Kapitalmacht aufzunehmen. Das Wahlcomité erachtet es deshalb für notwendig, alle sozialdemokratischen Wähler aufzufordern, ihm mit Rath und That zur Seite zu stehen und die zu erlassenden Anordnungen auf's gewissenhafteste auszuführen unter der Garantie, daß es von allen seinen Handlungen den Wählern die strengste Rechenschaft ablegen wird. Es werden demgemäß hiermit alle diejenigen aufgefordert, welche in den ländlichen Bezirken des S. und H. Wahlkreises Verwandte oder Bekannte haben, mit diesen sich in Verbindung zu setzen, bei ihnen Erkundigungen über den Stand der detslichen Verhältnisse einzuziehen, ihnen, wenn irgend möglich, gefundene sozialistische Schriften zuzulassen, sowie die Adressen derjenigen Leute von auswärts, welche gewillt sind, auf irgend eine Art, sich an der Bewegung zu beteiligen (Bekanntmachung oder Anmeldung von Versammlungen, Vertreiben von Flugblättern oder Sammeln von Geldern zur Wahl) bei dem unterzeichneten Vorsitzenden einzuliefern. Ferner erwarten wir von allen hiesigen Genossenschaftsgenossen, denen es möglich ist, durch Verbreitung von Flugblättern u. s. w. kurz vor der Wahl auf dem Landgebiete thätig sein zu können, daß sie sich gleichfalls rechtzeitig melden. Schließlich werden alle diejenigen, in deren Händen sich Wahlcomitéwahl-Kassengelder befinden, aufgefordert, dieselben an den Kassirer Herrn Lenz, Poststr. 43 l. Ezg., einzuliefern. Das wären die nächsten Anordnungen, welche zu treffen wir für notwendig erachteten. Wir setzen ohnedem voraus, daß jeder Sozialist unseres Wahlkreises innerhalb der wenigen Wochen, welche uns zur Agitation noch zu Gebote stehen, seine Kräfte ganz besonders darauf verwenden wird, unserer Idee neue Anhänger zu verschaffen und die zu einer regen Agitation notwendigen Geldmittel aufzubringen. Es handelt sich nicht bloß darum, einen Wahlsieg zu erkämpfen, es handelt sich auch darum, die günstige Gelegenheit zu benutzen und der hohen Idee der Befreiung des vierten Standes eine immer breitere Grundlage zu verschaffen. Altona hat sich stets geschmeichelt, mit vorn an der Spitze der deutschen Sozialisten zu marschiren, wofür! beweisen wir, daß wir dieses schwer erprobene Ruhmes auch heut noch würdig sind und durch unsere Kraft nicht allein unserm, sondern auch noch verschiedenen andern Wahlkreisen zum Siege zu verhelfen.

D. Reimer, 1. Vors. des Arbeiterwahlcomités, Ungerstr. 25 l. H. Lenz, Kassirer, Poststr. 43 l.

Briefkasten
der Redaktion: H. H. in Essen: Wenden Sie sich in Betreff des gewünschten Agitators an C. Deroff, Hamburg, Pferdemarkt 37. — A. G. in Hamburg: Für heute zu spät.
der Expedition: Wsch in Geseendorf: Dombrowski III. folgt demnächst. Porto kostet noch 5 Pf. — L. Schulz in Berlin: Die gewünschten 3 Nummern der „Neuen Welt“ können Sie erhalten. Wenn Sie 30 Pf. in Briefmarken und Ihre genaue Adresse einleiden, erhalten Sie dieselben per Kreuzband zugesandt. — E. J. Steudner in Lützenburg: Wir werden recherchiren, wo der Fehler liegt. Wenn Sie uns Ihre genaue Adresse angegeben hätten, würden wir Ihnen die beiden Exemplare per Krzbd. geschickt haben. — Bitten schön in Wittenburg: Ein Buchhändler Droppke hat von uns direct noch niemals „Neue Welt“ bezogen; wenn er bei uns bestellt, erhält er auch geliefert. Warum bestellen Sie das Blatt nicht bei der Post? Dies ist der sicherste und billigste Weg.

Die Mitglieder des Allgemeinen Böttcher- (Küper-) Vereins mögen sich vor dem Böttcher Eduard Dreßler, der in Bremen, zuletzt als Verführer, in Arbeit war, in Acht nehmen, da derselbe durch sein Benehmen gegen unsern Verein und einzelne seiner Mitglieder sich als Feind unserer Sache erwiesen hat. J. A. der Böttcher Bremens: F. Holtmann.

Leistung. H. Arnold Altona Schr. 0,50. Schmir Varmen Ann. 0,60. Jan Habamar Ab. 0,50. Mr. Limbach Schr. 0,70. Jrgns Grottdorf Ab. 3,20. Arhl Quedlinburg Ann. 1,50. Sto hier Ab. 9,60. Wsch Geseendorf Schr. 0,25. Tzslg Ronneburg Schr. 6,30. Brnd Berden Schr. 12,55. Hsch Neumünster Schr. 16,00. Wd Keapel Ab. 1,38. Sch Calbe 12,50. Albrg Eßlingen Ab. 18,60. Bfshgrn Hohenstein Ab. 7,50. Brnng Dellisch Ab. 2,80. Jndn Brms Ab. 3,50. Dtrdb Stutigart Ab. 5,00. Pfr Gießen Schr. 13,40. Pangr Bremen Ab. 30,00. Wdr Wurzen Schr. 15,00. Fcb Stadl-Jm Schr. 6,00. Arbeiterverein Biel Ab. 2,50. Erbhym Wiesbaden Schr. 3,90. Sinn Trier Schr. 3,00. Pangr Bremen Ab. 11,60. Brnd Göttingen Schr. 18,18. Khartr. Hof Schr. 12,50. Tppar. Friedrichsstadt Schr. 2,75. Erb. Dürkheim Schr. 5,60. Wgl. Darmstadt Schr. 3,00. Risch. Heidelberg Schr. 1,50. Rn. Kiel Schr. 2,05. Ldmann hier Ab. 1,80. Ppp. Friedrichsbad Schr. 6,73. Trst. Kl. Bschoder An. 1,30; Pfalz 0,70. Jgr. Stadium Ab. 6,80. Pöstin. Weichain Schr. 12,70. Reubst. Lauenberg Schr. 12,00. Mr. Mannheim Ab. 30,00. Pumm. Kiel Schr. 2,95. Jd. Neulerchenfeld Schr. 0,57. Hym. Kolonia Ab. 4,95. Schwand. Potsdam Schr. 0,90. Rb. Grop-Bschoder Ab. 7,50.

Altona. Freitag, den 27. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr: **Volksversammlung** in Koppelmann's Salon. Tagesordnung: „Das Jagdplaster bei den Landtagswahlen“ oder: „Volksbildung und Sozialdemokratie“. Referent J. Heier. In dieser Versammlung sind brieflich eingeladen die Herren: Schuldirector Andresen, Rechtsanwalt Dr. Warburg und der Redakteur F. Heil. H. Gundlach.

Deutz. Am Sonntag, den 29. Oktober, Vormittags 10 Uhr, findet im Lokale des Herrn Sommer, Freiheitsstraße 7 zu Deutz eine

Große Volksversammlung statt. Tagesordnung: 1) Die Bedeutung der Reichstagswahl. 2) Bildung eines Wahlcomités. Ich ersuche die Genossen, namentlich des Landkreises Cöln, recht zahlreich zu erscheinen. (382) Wilh. Eckert.

Gohlis. Sonntag, den 29. Oktober, Nachmittags 4 Uhr: **Arbeiterverein.** Kränzchen in der Restauration zur Moritzburg. Freunde und Genossenschaftsgenossen werden hierzu eingeladen. [1,50 Etwaiger Ueberschuß wird dem Wahlfond überwiesen. D. S.]

Großenhain. Sonnabend, 28. Oktober, Abends 8 Uhr: **Volksversammlung.** Referent Herr Reiffert aus Leipzig.

Sonntag, den 29. Oktober, von Nachmittags 4 Uhr an im Hotel zum Gesellschaftshaus **Großes Volksfest** bestehend in Concert, Feitrede (gehalten von Herrn Reiffert aus Leipzig), Gesang, declamatorischen Vorträgen und Ball. [2,10 (3133) Das Comité.]

Hamburg-Altona. **Allgemeiner Deutscher Gipsfer- und Stukateur-Verein.** Sonntag, den 29. Oktober: Mitglieder-Versammlung im Salon zum Roland, Jakobstraße Nr. 19, Nachmittags 3 1/2 Uhr. Tagesordnung: 1) Vortrag. 2) Innere Angelegenheiten. Um zahlreichem Besuch bitten [70 H. Gög, erster Vorsitzender, Wedderdreyerweg, Hof Nr. 22, Hamburg.]

Leipzig. Sonnabend, den 28. Oktober, Abends 8 Uhr, **Verammlung** bei Jul. Kengel, Täubchenweg. Tagesordnung: Vortrag: Gewerkschaftliches. Aufnahme neuer Mitglieder. [40

Leipzig. Sonnabend, den 28. Oktober, Abends 8 Uhr, bei Hrn. Richter, Köpplay Nr. 9, **Verammlung.** Tagesordnung: Kasfenbericht und Wahl eines Referent. [50 Alle Mitglieder werden ersucht pünktlich zu erscheinen. D. B.]

Berliner Freie Presse
Motto: Freiheit und Gerechtigkeit.
Mit der illustrierten Sonntags-Gratis-Belage
Die neue Welt.
Erscheint täglich in großem Format, in Berlin in der Allgemeinen deutschen Associations-Buchdruckerei
Man abonnirt bei allen Postanstalten, für die Monate November und Dezember für nur 2 Mark.
Dieselbe ist in der Zeitungs-Preis-Liste, I. Nachtrag pro 1876, unter Nr. 544a, eingetragen, worauf wir besonders aufmerksam machen.
Inserate kostet die 4 gespaltene Zeile 25 Pf.
Zu zahlreichen Abonnement einladend, weisen wir besonders darauf hin, daß die Berliner Freie Presse in keiner Gast-Wirthschaft, wo Sozialisten verkehrten, fehlen dürfte, und zeichnen Mit soz.-dem. Gruß **Die Expedition.**
Berlin S.-O., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a.

Märkischer Volksfreund
Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung der Provinz Brandenburg.
Erscheint jeden Mittwoch und Sonntag.
Man abonnirt bei allen Postanstalten, für 60 Pf. für die Monate November und Dezember, ohne Bringerlohn.
Der Märkische Volksfreund ist eingetragen im XII. Nachtrag zur Zeitungs-Preis-Liste unter Nr. 2282a.
Freunde und Genossen der Provinz Brandenburg, die geneigt sind, für die Verbreitung dieser Zeitung zu agitiren, werden um Einsendung ihrer Adressen ersucht.
Agitations-Nummern stehen in jeder Anzahl gratis zur Verfügung. **Die Expedition.**
Berlin S.-O., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a.
Verantwortlicher Redakteur: B. Dancienew die Expedition, Redaction und Expedition Rübnerstraße 12/13.